

NDB-Artikel

Stein, Johannes *Julius* Journalist, demokratischer Politiker, * 12. 6. 1813 Naumburg/ Saale, † 30. 7. 1889 Breslau. (evangelisch)

Genealogie

V N. N., Knopfmachermeister in N.;

M N. N.;

⊙ N. N.; mind. 7 K.

Leben

Nach dem Besuch des Gymnasiums in Naumburg 1825–33 studierte S. Philologie, Philosophie, Geschichte und Mathematik in Leipzig, um Lehrer zu werden, und schloß sich der Alten Leipziger Burschenschaft an. 1837 wechselte er an die Univ. Breslau (Mitgl. d. Burschenschaft Raczeks-Breslau), wo er im Febr. 1838 mit einer von →Heinrich Wuttke und →Gustav Kries begutachteten Dissertation zur Frühgeschichte Capuas und Kampaniens bis zu den Samnitenkriegen promoviert wurde. Anschließend war er als Lehrer bzw. Oberlehrer an der „Realschule am Zwinger“ in Breslau tätig, schrieb für liberale Zeitungen (u. a. Schles. Ztg.) und forderte eine Verfassung, ein preuß. Parlament und bürgerliche Grundrechte. S., dessen Denken sich zunehmend radikalisierte, vertrat in Anlehnung an Lorenz v. Stein sozialistische Ideen, wurde Mitglied des 1843 von Wilhelm Wolff initiierten „Vereins zur Erziehung der Kinder hilfloser Proletarier“ und war ein Protagonist des Ende 1845 gegründeten sozialpolitischen Bürgervereins „Breslauer städtische Ressource“.

Während der Revolution 1848/49 übernahm S. wichtige Funktionen in der demokratischen Bewegung; so gehörte er u. a. zur Delegation, die Kg. Friedrich Wilhelm IV. am 22. 3. 1848 den Katalog der Märzforderungen unterbreitete. Anfang Mai wurde er in die preuß. Nationalversammlung gewählt, wo er zur „Äußersten Linken“ zählte und republikanische Positionen vertrat. S.s herausragende Stellung innerhalb der „Demokratischen Partei“ in Preußen zeigte sich daran, daß er zur Redaktion ihrer wichtigsten Tageszeitung, der Berliner „Reform“, gehörte.

Zum prominenten Vorkämpfer gegen den Obrigkeitsstaat wurde S. im Sept. 1848 mit dem nahezu einstimmig beschlossenen „Antrag Stein“. In dem Antrag, der den Sturz der Regierung um Rudolf v. Auerswald und David Hansemann verursachte und dann unter Ernst v. Pfuel ausgeführt wurde, forderte S., das Kriegsministerium solle dem Militär reaktionäre Umtriebe untersagen und befehlen, mit den Bürgern für eine Ordnung in Freiheit zu kämpfen. Außerdem sollten das Massaker von Linientruppen gegen die

Bürgerwehr im niederschles. Schweidnitz von einer parlamentarischen Kommission untersucht und die beteiligten Einheiten abgezogen werden. Aber die Landwehr ließ sich auch in Hochburgen der Revolution fast ohne Gegenwehr entwaffnen. Insofern war der „Antrag Stein“ ein Ausdruck der Hilflosigkeit wie auch der Aufruf S.s und seiner Genossen, nach dem preuß. Staatsstreich im Nov. 1848 keine Steuern mehr zu zahlen. S. war sogar bereit, mit zwei anderen prominenten Demokraten (→Johann Jacoby, Karl d’Ester) ein Revolutionskomitee zu bilden, um die erhoffte „zweite Revolution“ anzuführen. Im Jan. 1849 als Breslauer Abgeordneter wiedergewählt, rief S. am 6. 5. 1849 zur Unterstützung der Reichsverfassungskampagne auf, wurde deshalb als Anstifter des Breslauer Maiaufstands angeklagt, als Lehrer|suspendiert und trotz eines Freispruchs im Breslauer „Maiprozeß“ (1850) 1854 endgültig aus dem Schuldienst entlassen.

Danach bestritt S. den Unterhalt seiner vielköpfigen Familie als Hauslehrer, Besitzer eines Papierladens und durch journalistische Arbeit, war aber zeitweise auf Unterstützung durch seine Gesinnungsgenossen angewiesen. Er redigierte bis 1855 die demokratische „Neue Oder-Zeitung“ (mit Moritz Elsner u. Jodocus Temme) und schrieb seit 1857 für die überregional wahrgenommene „Breslauer Zeitung“, die er 1862–85 leitete. 1861–79 war er für die Fortschrittspartei Breslauer Stadtverordneter. Während des preuß. Verfassungskonflikts wurde er erneut politisch verfolgt und mehrfach zu Geldstrafen verurteilt. S. engagierte sich – auch nach 1866 – gegen die Spaltung des liberalen und demokratischen Lagers, zuletzt (seit 1884) in der Dt.-Freisinnigen Partei. Trotz seiner Unterstützung der Einigungskriege 1864–70 bekämpfte er Bismarcks reaktionäre Innenpolitik. S. erscheint als Typus des großpreuß. Demokraten, der zeitlebens an den Idealen von 1848 festhielt, im preuß. Obrigkeitsstaat ein Vorreiter zivilgesellschaftlichen Denkens war und dafür seine bürgerliche Sekurität aufs Spiel setzte.

Werke

Napoleon als Mensch, Held u. Ks., mit seinen Größen u. Schwächen, 1846,
²1847;

Dt. Volkskal., 1847–53 (Hg. mit L. Schweitzer);

Gesch. d. Stadt Breslau v. ihrer Gründung bis auf d. neueste Zeit, 3 Bde.,
1851/52 (mit R. Bürckner);

Gesch. d. Stadt Breslau im 19. Jh., 1884.

Literatur

V. Valentin, Gesch. d. dt. Rev. v. 1848–1849, Bd. 2, 1931, S. 239–42;

M. Botzenhart, Dt. Parlamentarismus 1848–1850, 1977, S. 446–52 u. 524–34;

M. Hettling, Polit. Bürgerlichkeit, 1999, S. 100 f.;

H. Bleiber u. W. Schmidt, Schlesien auf d. Weg in d. bürgerl. Ges., Bd. 1, 2007;

W. Schmidt, Die Breslauer Ressource, die „Ressourcen-Ztg.“, die oppositionelle Pol., die Frauen- u. d. Soz. Frage (1845–1848), in: Jb. f. Forsch. z. Gesch. d. Arbeiterbewegung 7, 2008, H. 3, S. 86–121;

ders., in: Akteure e. Umbruchs III, 2010, S. 555–618;

Biogr. Hdb. Preuß. Abg.haus II;

Biogr. Lex. Burschenschaft (*P*).

Autor

Christian Jansen

Empfohlene Zitierweise

, „Stein, Julius“, in: Neue Deutsche Biographie 25 (2013), S. 151-152
[Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
